

II-208 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XV. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 353.110/60-III/4/79

28. August 1979

An den

Präsidenten  
des Nationalrates  
Anton BENYA

73/AB

1979-08-29

Parlament  
1017 W i e n

ZU 26/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat DEUTSCHMANN, Dr. PAULITSCH, DKfm. GORTON, KOPPENSTEINER und Genossen haben am 28. Juni 1979 (eingelangt am 29. Juni 1979) unter der Nr. 26/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Behebung der Schwierigkeiten des Bundeslandes Kärnten und Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. Was ist die Ursache dafür, daß Ihre Absicht "entlang der österreichischen Grenze" einen "breiten Gürtel des Wohlstands und der Prosperität" zu errichten, zumindest im Bundesland Kärnten erfolglos geblieben ist?
2. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen, um diese Versäumnisse der letzten 9 Jahre in der Zukunft zu beseitigen?
3. Wann, in welcher Höhe und in welcher Form werden Sie einen angekündigten außerordentlichen Bundeszuschuß zur Mithilfe bei der Senkung der Arbeitslosenrate, der möglichen Beseitigung der saisonalen Arbeitsmarktschwankungen und der Sicherung der Arbeitsplätze für das Land Kärnten und dessen Wirtschaft bzw. Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stellen?
4. Was außer wahltaktischen Maßnahmen hat Sie dazu bewogen, gerade wenige Monate vor den Landtagswahlen in Kärnten eine Reihe von Versprechungen in Form eines Staatsvertrages abzugeben?"

- 2 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Einleitend möchte ich bemerken, daß die Lebens- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung in den österreichischen Ostgrenzgebieten im Vergleich zum Jahre 1970 im allgemeinen verbessert werden konnten. Dies geht auch eindeutig aus den nachfolgenden Statistiken hervor.

Aus keiner der Regierungserklärungen seit dem Jahre 1970 sind jedoch Versprechungen herauszulesen, die sicherlich schwerwiegenden Struktur- und Standortnachteile der Ostgrenzgebiete durch Regierungsmaßnahmen kurzfristig aufzuheben. Vielmehr ging die Bundesregierung immer davon aus, daß dieses Problem nur längerfristig, "im Rahmen des langfristigen wirtschafts- und regionalpolitischen Konzepts", und durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Gemeinden zu lösen ist.

Die politische Maxime der längerfristigen kooperativen Planung hat gerade in der Frage der Entwicklungspolitik für die Ostgrenzgebiete Erfolge gehabt: durch Sofortmaßnahmen des Bundes und der Länder ("Sofortprogramme für die Ostgrenzgebiete") konnte der weiteren wirtschaftlichen Aushöhlung dieser Gebiete trotz Wirtschaftskrise und ungünstiger Randbedingungen Einhalt geboten werden. Die vorbereitenden Planungsarbeiten für die längerfristige Entwicklung der Ostgrenzgebiete im Rahmen der ÖROK konnten bereits im Jahre 1977 abgeschlossen werden. Dazu zählen insbesondere ein zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmter einheitlicher Zielkatalog (1975) und abgestimmte Maßnahmenpakete für die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft, des Fremdenverkehrs (1976) und von Industrie und Gewerbe (1977).

Zur Frage, welche konkreten Maßnahmen in Zukunft ergriffen werden, kann ich feststellen, daß auch seitens des Bundes-

- 3 -

ministers für Finanzen mit dem Landeshauptmann von Kärnten und maßgebenden Mitgliedern der Kärntner Landesregierung konkrete Gespräche über eine vom Land Kärnten erstellte Punktation für einen Staatsvertrag gemäß Artikel 15a B-VG geführt worden sind und in Kürze weitergeführt werden.

Am 22. August 1979 hat unter meinem Vorsitz ein Gespräch - an dem Vertreter der Bundesregierung und der Kärntner Landesregierung teilgenommen haben - stattgefunden, bei dem ein Sonderprogramm für den Autobahnbereich erörtert wurde. Weitere Schwerpunkte des Gespräches waren die Wirtschaftsförderung und die Verbesserung der Infrastruktur im Fremdenverkehr. Da diese Gespräche noch nicht abgeschlossen sind, kann ich keine konkreten Angaben machen, welche Maßnahmen seitens des Bundes endgültig gesetzt werden.

Zu den einzelnen Fragen möchte ich aber noch folgendes feststellen.

Zu Frage 1 :

In einem 1978 erstellten Gutachten hat das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt, daß die allgemeine weltwirtschaftliche konjunkturelle Entwicklung eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat:

- Bis Ende der Sechzigerjahre "gewannen die peripheren Entwicklungsgebiete in Bezug auf den Faktor Arbeit gegenüber den Ballungs- und Industriegebieten Standortvorteile. Die gute allgemeine Wirtschaftsentwicklung schlug sich bei dieser Konstellation auch in den Randgebieten nieder..."
- "Etwa ab Ende der Sechzigerjahre... wurde der Vorteil der Randgebiete über freie Arbeitskräfte zu verfügen, wieder weitgehend aufgehoben", und zwar durch "den beginnenden Zustrom ausländischer Arbeitskräfte in die Industrie- und Ballungsgebiete und das wieder wachsende Arbeitskräftepotential".

- 4 -

- Seit der Mitte der Siebzigerjahre hat sich "der sozioökonomische Rahmen der Regionalpolitik in mehrfacher Hinsicht" geändert, vor allem durch den allgemeinen Rückgang des Wirtschaftswachstums und die Verknappung von Ressourcen bedingt, sodaß die als konjunkturbedingte Spill-Over-Effekte angesehenen Entwicklungsimpulse in den Randgebieten ausblieben.

Dazu kommt - gerade in den peripheren und agrarischen Gebieten - ein erhöhtes Arbeitskräfteangebot durch den Eintritt von geburtenstarken Jahrgängen in das Berufsleben.

Als für die Kärntner Ostgrenzgebiete besonders nachteilig hat sich die schlechte Entwicklung des Sommerfremdenverkehrs in den letzten Jahren und die schlechte Konjunkturlage einiger für Kärnten besonders wichtiger Branchen, erwiesen, sowie die Tatsache, daß sich das Land Kärnten selbst in einer Randlage zu den Ballungsräumen nördlich der Alpen befindet.

Trotzdem schneiden die Kärntner Anteile am Ostgrenzgebiet noch relativ gut ab, wenn man einige Wirtschafts- und Sozialindikatoren der Region (zumutbare Pendelentfernungen zu den Arbeitsstätten, Verkehrsinfrastruktur, Beschäftigungslage, Schulen, zu erwartende Arbeitsmarktbilanz u.a.m.) mit jenen anderer Ostgrenzgebiete vergleicht.

Das Wirtschaftswachstum der vergangenen 10 Jahre hat also entlang der österreichischen Grenze in Kärnten ein Niveau des Wohlstandes bewirkt, wie es vorher in diesem Gebiet nie bestanden hat.

Die allgemeine Anhebung des Lebensstandards zufolge erhöhter Produktion und höheren Realeinkommen hat auch den Kärntner Grenzraum mit eingeschlossen, sodaß die Behauptung der "Erfolgslosigkeit der Errichtung eines breiten Gürtels des Wohlstandes und der Prosperität" durch die Realität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als widerlegt erachtet werden kann.

- 5 -

Beispielhaft muß darauf hingewiesen werden, daß die Produktion je Beschäftigten in der Kärntner Industrie von 1971 bis 1978 um 37,4 % und die Produktionswerte der Industrie im selben Zeitraum um 75,8 % zunahmen. Bei beiden Werten lag Kärnten hiemit über dem österreichischen Durchschnitt, wobei der Produktivitätszuwachs im österreichischen Spitzengebiet liegt.

Schon aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß die Bemühungen der Bundesregierung um das Bundesland Kärnten keineswegs erfolglos geblieben sind, wenn auch wegen der Langfristigkeit des Problems - wie bereits erwähnt - noch kein voller Erfolg erzielt werden konnte.

So betrug immerhin der Regionalindex der Industrieproduktion für Kärnten im Jahr 1978 (1971=100) 140,3, während der Gesamtindex für Österreich mit 125,9 darunter lag. Sehr stark konnte auch die Elektrizitätserzeugung gesteigert werden. Wurde im Jahr 1969 im Landesversorgungsgebiet Kärnten eine Erzeugung für die öffentliche Elektrizitätsversorgung von 2472 GWh verzeichnet, waren es im Jahr 1978 bereits 3.778 GWh, d. s. um 53 % mehr. Auch der Fremdenverkehr hatte Fortschritte zu verzeichnen: wurden in der Zeit vom 1. Mai 1969 bis 30. April 1970 (Sommerhalbjahr 1969 und Winterhalbjahr 1969/70) in Kärnten 12,8 Millionen Nächtigungen gezählt, so waren es im analogen Zeitraum 1978/79 bereits 15,4 Millionen Nächtigungen oder 20 % mehr. Hierbei ist besonders erfreulich, daß sich die Nächtigungen in den jeweiligen Winterhalbjahren von 0,9 Millionen auf 1,9 Millionen erhöht, also mehr als verdoppelt haben; dadurch wurde nämlich die Auslastung verbessert und ganzjährige Beschäftigung sichergestellt.

Obwohl das Bundesland Kärnten aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur, die durch einen überdimensionierten Bausektor und einen saisonabhängigen Fremdenverkehrssektor gekennzeichnet

- 6 -

ist, schon immer eine österreichische Problemregion darstellt, kann die gegenwärtige Bundesregierung für sich in Anspruch nehmen, auch in Kärnten beträchtliche beschäftigungspolitische Erfolge verzeichnet zu haben. Dies zeigt sich klar in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigtenziffern. So betrug die durchschnittliche Rate der Arbeitslosigkeit in den Jahren von 1966 - 1969 5,2 %, während sie für den Zeitraum von 1970 - 1978 auf 4,3 % sank. Außerdem wurden im Verlauf der neunjährigen Regierungstätigkeit der sozialistischen Bundesregierung in Kärnten zusätzlich 25.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, während in der Zeit von 1967 - 1970 die Zahl der Arbeitsplätze um 2.000 abnahm. Bereits diese globalen Ziffern zeigen, daß die Bundesregierung ihren Versprechen, sich gefährdeter Gebiete mit besonderer Aufmerksamkeit zu widmen, nachgekommen ist. Hinter diesen Erfolgen steht neben einer konsequent betriebenen Wirtschaftspolitik auch eine erfolgreiche aktive Arbeitsmarktpolitik.

Gerade in den arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogrammen der letzten Jahre kam immer wieder der schwerpunktmäßige Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente für den Ausgleich nachteiliger Umstände, die sich für die Bevölkerung von Problemregionen ergeben, zum Ausdruck. Daß dieser Zielsetzung Rechnung getragen wurde, zeigen auch die von der Arbeitsmarktverwaltung dem Bundesland Kärnten zur Verfügung gestellten Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Diese stiegen von 17.069.000 S im Jahre 1970 auf 131.345.000 S im Jahre 1978. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 770 %, während die Steigerungsrate im österreichischen Durchschnitt für denselben Zeitraum 550 % betrug. Davon wurden im Jahre 1978 allein für die Beschaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (§ 27 und § 35 AMFG) Mittel in der Höhe von 24.068.000 S für das Bundesland Kärnten bereitgestellt. Die im Verlauf dieses Jahres bis Ende Mai zur Verfügung gestellten Mittel betragen 11,4 % der für das gesamte Bundesgebiet zur Auszahlung gelangten Förderungsmittel, obwohl das

- 7 -

der für das Jahr 1979 geschätzte Anteil der unselbständig Beschäftigten Kärntens am gesamtösterreichischen Beschäftigtenstand nur 6,1 % beträgt. Auch diese Ziffern weisen darauf hin, daß dem Bundesland Kärnten bei der Bewältigung seiner wirtschaftlichen Probleme besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde. Eine eindrucksvolle Demonstration dieses Sachverhalts liefern schließlich auch noch die nachstehend angeführten Förderungssummen, die von der Arbeitsmarktverwaltung gerechnet pro Kopf der Bevölkerung, für Kärnten in den letzten beiden Jahren - im Vergleich zum Bundesdurchschnitt - aufgewendet wurden

	Kärnten	Österreich
1977	S 159,-	S 92,-
1978	" 240,-	" 120,-

### Zu Frage 2:

Wie in der Beantwortung der Frage 1 dargestellt, kann von "Versäumnissen" wohl kaum gesprochen werden.

Im Rahmen der strukturpolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung wird auch weiterhin bei der Mittelvergabe der bundesweiten Finanzierungs- und Förderungseinrichtungen den regionalen Notwendigkeiten im Land Kärnten in gebührender Weise Rechnung getragen werden.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß schon bisher der ERP-Fonds einen überproportionalen Teil seiner Mittel nach Kärnten lenkte. Die Verteilung der ERP-Mittel, die im Zeitraum vom 1.7.1970 bis zum 30.6.1978 nach Kärnten flossen, kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

#### Verteilung von ERP-Mitteln im Bundesland

Kärnten (1.7.1970 bis 30.6.1978)

Beträge in Mio S

- 8 -

Kredittyp	Anzahl	ERP-Kredit	Gesamtinvestitionsvolumen
<u>Sektor: Industrie, Gewerbe u. Handel</u>			
Großkredite (Normalverfahren)	23	257,064	1.258,210
Sonderprogramm	34	197,100	642,586
Mittelkredite	30	13,730	27,163
Land- und Forstwirtschaft	70	92,895	147,690
<u>Fremdenverkehr</u>	38	151,200	394,293
<u>Verkehr</u>	1	4,500	7,500
<u>Energie</u>	2	168,000	9.104,124

Im Wirtschaftsjahr 1978/79 des ERP-Fonds wurden an das Bundesland Kärnten im Rahmen des zinsbegünstigten Grenzlandverfahrens sechs Anträge mit einem Kreditbetrag von 71 Mio S positiv behandelt, im Normalverfahren für Vorhaben, welche außerhalb des Grenzlandes lagen, zwei Anträge, denen 18 Mio S zugeteilt wurden. Wie aus den Anträgen hervorgeht, handelt es sich hier um sehr bedeutende größere Betriebe, welche in ihrem Bemühen, ihre Produktionskapazität auszubauen und damit in Verbindung eine Erhöhung der Anzahl der Arbeitsplätze vorzunehmen, unterstützt worden sind und weiters um exportorientierte Betriebe.

In Ergänzung zu diesen Finanzierungsmöglichkeiten wurden im Rahmen der Zinsenzuschußaktion der Bundesregierung für das Jahr 1978 Zinsenzuschüsse bis zu 3 % auf die Dauer von fünf Jahren für achtzehn Vorhaben mit einem Kreditbetrag von 302 Mio S gewährt. Diese bisher von der Bundesregierung gewährte Förderung gegenüber Industriebetrieben des Bundeslandes Kärnten ist insoferne als sehr wesentlich zu bezeichnen, zumal von der gesamten, in der österreichischen Wirtschaft tätigen Bevölkerung auf das Bundesland Kärnten etwa 4 %



- 9 -

entfallen. Demgegenüber beträgt der Anteil der von der Bundesregierung geförderten Vorhaben im Bundesland Kärnten rund 7 %.

Zu den künftig geplanten Maßnahmen ist zu bemerken, daß neben den Förderungen und Mitteln, die die Bundesregierung im Rahmen des Staatsvertrages mit dem Lande Kärnten dem ganzen Lande zukommen läßt, Sondermaßnahmen für die Kärntner Ostgrenzgebiete ("Südkärnten") vorgesehen sind.

Das Bundeskanzleramt erstellt derzeit in Zusammenarbeit mit dem Amt der Kärntner Landesregierung ein Entwicklungskonzept für den Südkärntner Grenzraum. Das Programmgebiet umfaßt den politischen Bezirk Völkermarkt sowie Teile der politischen Bezirke Klagenfurt Land, Villach Land und Wolfsberg.

Zu diesem Zweck wurde im Jahre 1978 eine Projektgruppe unter Federführung des Institutes für empirische Sozialforschung mit der Durchführung einer Grundlagenstudie beauftragt.

Da für den Erfolg der geplanten Maßnahmen die Mitwirkung und verantwortliche Teilnahme der Bevölkerung von größter Bedeutung ist, werden die Entwicklungsvorstellungen der regionalen Vertreter in der Studie bereits berücksichtigt.

In der Studie sollen die vorhandenen Ressourcen untersucht und jene Maßnahmen vorgeschlagen werden, die für Betriebs-erweiterungen und vor allem für Betriebsansiedlungen mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen die Voraussetzung bilden.

Die Ergebnisse der Studie werden Ende 1979 vorliegen.

Darüber hinaus sind einige Südkärntner Gemeinden in die "Sonderaktion der Bundesregierung zur Stärkung schwacher ländlicher Räume im Berggebiet Österreichs" einbezogen.

- 10 -

Ich habe bereits in der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 2303/J der letzten Legislaturperiode darauf hingewiesen, welche Maßnahmen für das Bundesland Kärnten gesetzt wurden und möchte diese damaligen Ausführungen auf den neuesten Stand bringen.

#### Außenhandel und Integration

Für die Klagenfurter Messe wurde im Jahr 1979 eine Subvention in Höhe von S 456.743,-- vergeben.

Die im Rahmen der Klagenfurter Messe abgeschlossenen Kompensationsgeschäfte haben im Jahr 1979 einen Umfang von 43 Millionen Schilling in beiden Richtungen aufzuweisen.

#### Gewerbe und Fremdenverkehr

##### Gewerbeförderung:

Die angekündigte Verbesserung der Förderung von Betriebsneugründungen und -übernahmen wurde inzwischen durchgeführt. Da sich das Bundesland Kärnten an dieser Aktion beteiligt, beträgt die Förderungshöchstgrenze in diesem Bundesland 4 Millionen Schilling.

Die im Rahmen der bestehenden Förderungsaktionen - Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, BÜRGES-Kleingewerbekreditaktion, Betriebsneugründungen und -übernahmen, Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - von 1975 bis zur Mitte 1979 geleisteten Förderungen sind der Beilage B zu entnehmen.

##### Fremdenverkehrsförderung:

Zusätzlich zu den bereits in der Anfragebeantwortung angeführten Förderungsaktionen wurde die Aktion "Sanitärräume auf Campingplätzen" ins Leben gerufen, die als ein weiterer Teil der

- 11 -

bestehenden Prämienaktionen der BÜRGES vor allem den Kärntner Campingplätzen zugute kommen wird.

Zur Entlastung der betroffenen Kärntner Fremdenverkehrsbetriebe werden seit dem Jahre 1978 die Laufzeiten der Zinsenzuschüsse in der sogenannten Hausaktion für die Vorhaben "Sport unter Dach" von bisher 5 auf generell 10 Jahre angehoben.

- Weiters wird auf die Aktion "Bergerlebnis-geführtes Wandern" sowie auf die inzwischen angelaufene "Beratungsaktion für Fremdenverkehrsgemeinden" des Österreichischen Gemeindebundes hingewiesen, die auch dem Lande Kärnten zugute kommen.
- Das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie übernimmt dabei die Seminar- und Ausbildungskosten der Wanderführer und in der Gemeindeberatung 50 % der jeweiligen Beratungskosten.
- Für Fremdenverkehrsstudien und Untersuchungen sowie sonstige Subventionen (Ausbau und Erhaltung von Schutzhütten und Jugendherbergen, Werbemaßnahmen für Fremdenverkehrsattraktionen etc.) wurden im 1. Halbjahr 1979 insgesamt für alle Bundesländer 8,8 Millionen S zur Verfügung gestellt.

Die im Rahmen der bestehenden Förderaktionen in dem Zeitraum von 1975 bis zur Jahresmitte 1979 geleisteten Förderungen für Kärnten sind der Beilage A zu entnehmen.

Weiters ist die angeführte Aktion "Zuwendungen für Fremdenverkehrsbetriebe an Seen" angelaufen. Bis zur Jahresmitte wurden in dieser Aktion 562 Anträge positiv erledigt, davon 538 für Kärntner Fremdenverkehrsbetriebe. Die Anweisung der bewilligten Zuschüsse ist im Gange.

- 12 -

Alle diese Maßnahmen haben dazu beigetragen, daß Kärnten nicht nur im vergangenen Winter, sondern auch im Sommer 1978 eine günstigere Fremdenverkehrsentwicklung zu verzeichnen hatte als Österreich als Ganzes; eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch für die laufende Sommersaison ab.

Industriepolitik

Zusätzlich zu der erwähnten Förderungsaktion für die Zellstoff- und Papierindustrie wurde eine Textilförderungsaktion geschaffen, die der Verbesserung der Strukturen der österreichischen Textilindustrie im Wege der Modernisierung von maschinellen Ausstattungen im Produktionsbereich dient. Für zu fördernde neue Produktionsmaschinen wird ein einmaliger Investitionszuschuß im Ausmaß von 10 % der Anschaffungskosten gewährt. Für diese Aktion stehen in den Jahren 1979 bis 1983 jährlich 80 Millionen Schilling zur Verfügung.

Eine analoge Aktion wurde auch für die österreichische Bekleidungsindustrie ins Leben gerufen, wofür von 1979 bis 1983 jährlich 10 Millionen S zur Verfügung stehen.

Die Bemühungen um verstärkte Zulieferungen der österreichischen Industrie an die europäischen Kfz-Hersteller wurden fortgesetzt. Als Beispiel für deren Ergebnisse wird als Beilage C eine Liste der Zulieferungen Kärntner Betriebe an die VW-Audi-Gruppe angeschlossen.

Die Informationsstelle für Investoren hat ihre Bemühungen für Kärnten fortgesetzt und 2 weitere Kontakte mit potentiellen in- bzw. ausländischen Investoren hergestellt.

Zur Förderung der Innovation wurden vom Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft die in der Beilage D angeführten Förderungsmittel an Kärntner Betriebe und Kärntner Forschungseinrichtungen vergeben.

- 13 -

Stärkeförderung

Stärkeverarbeitungsindustrien mit dem Standort in Kärnten

sind vom 1. Jänner bis 30. Juni 1979 Förderungsmittel

in Höhe von S 2,055.441,- zugute gekommen.

Energiepolitik und Bergbau

Im Rahmen des Ausbauprogrammes der Verbundgruppe bzw. der Österreichischen Draukraftwerke ist der Ausbau der mittleren Drau in 5 Stufen vorgesehen.

Die 1. Stufe betrifft das Kraftwerk Villach, das im Jahr 1981 begonnen und 1983/84 fertiggestellt werden soll. Die Kosten für dieses Kraftwerk werden mit rund 500 Millionen Schilling veranschlagt.

Als 2. Stufe ist das Kraftwerk Puch vorgesehen, das voraussichtlich 1983/84 in Angriff genommen werden soll.

Im Rahmen des Arbeitsprogramms zur Durchforschung des Bundesgebiets nach nutzbaren Lagerstätten werden folgende weitere Projekte gefördert:

Grundlegende geologische Untersuchungen in Bereichen, die unter den bisher bekannten erzführenden Schichten des Bergbaues Bleiberg-Kreuth und Grenzgebieten liegen (Anis-Cordevol)

Geologische Untersuchungs- und Prospektionsarbeiten westlich von Bleiberg (Kobesnock-Tscheckelnock)

Sedimentologische und geochemische Untersuchungen der Kriterien für das Auftreten von Blei-Zink-Vererzungen in Kalk- und Dolomitgesteinen der karnischen Stufe (Trias) im Raum Bleiberg

Für die bereits in der seinerzeitigen Anfragebeantwortung genannten und die vorstehend aufgezählten Projekte sind im Jahr 1978 Kosten in Höhe von 0,78 Millionen Schilling aufgelaufen und werden für das Jahr 1979 Kosten von 1,915 Millionen Schilling erwartet.

- 14 -

Ferner soll im Jahre 1979 das Innovationsprojekt der Bleiberger Bergwerks-Union AG "Erweiterung der Produktionskapazität an metallischen Cadmiumzwischenprodukten" durch Zinsenstützung gefördert werden.

Der BBU flossen ferner in den ersten sieben Monaten des Jahres 1979 bereits 15 Millionen Schilling an Mitteln der Bergbauförderung zu.

Die bisher geschaffenen Förderungsaktionen werden auch in Zukunft weitergeführt werden.

#### Zu Frage 3 :

Seit 1975 werden für das Kärntner Grenzlandsonderprogramm jährlich 10 Millionen Schilling Beihilfen und ein AIK-Volumen von 40 Millionen Schilling und seit 1976 für ein Gailtal-Sonderprogramm zusätzlich 5 Millionen Schilling Beihilfen bereitgestellt.

Die Förderungsmittel werden zu einem Drittel für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen (Wohn- und Wirtschaftsgebäudebau) und zu zwei Drittel für gemeinschaftliche Förderungsmaßnahmen (Verkehrerschließung, Agrarische Operationen) verwendet.

Ziel der agrarischen Grenzlandförderung ist es, durch einen verstärkten Einsatz von Förderungsmitteln leistungsfähige land- und forstwirtschaftliche Betriebe zu schaffen und zu erhalten und so zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft beizutragen.

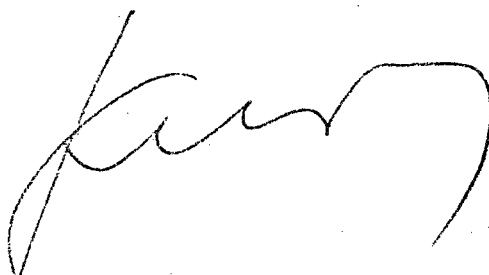
#### Zu Frage 4 :

Da zur effektiven Lösung der strukturellen Probleme eine ausgewogene Zusammenarbeit zwischen Bund und Land eine

- 15 -

unabdingbare Voraussetzung ist, kommt einem diesbezüglichen Staatsvertrag, als von der Verfassung vorgesehenes Instrument einer intensiveren Kooperation, größte Bedeutung zu.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen erfordern Maßnahmen und Lösungen, die weit über eine Legislaturperiode hinausreichen. Schon deshalb kann der Abschluß eines Staatsvertrages nicht im Lichte der kurzfristigen Ausrichtung "wahltaktischer Maßnahmen" gesehen werden.

A handwritten signature in black ink, consisting of several fluid, connected strokes. The signature is centered on the page and appears to be a personal name, possibly 'Kunz' or similar, though it is not legible.

## Sektor Fremdenverkehr

Bundesland: KÄRNTEN

## I. Geförderteres Kreditvolumen

(Beträge in Mio. S)

Jahr	Hausaktion	BURGES- Stammaktion	GSTVG <sup>1)</sup>	FVSoKA <sup>2)</sup>	FAG	ERP	ERP-Ersatz	Summe
1975	21 29,750	37 5,232	14 22,850	50 18,030	1 14,00	6 35,00	1 10,000	130 134,862
1976	47 44,930	32 6,046	34 45,375	97 34,623	----	13 77,60	2 10,000	225 218,574
1977	20 20,000	50 7,987	28 38,900	117 40,735	----	1 3,00	7 46,950	223 157,572
1978	21 24,680	45 12,068	25 44,279	79 38,288	----	2 12,70	9 69,300	181 201,306
1.1.-30.6.1979	3 6,800	12. 2,925	17 39,700	58 33,635	----	2 10,00	2 5,911	94 98,971

## II. Sonstige Zuschüsse

Jahr	Komfortzimmer- aktion	Jederzeit warme Küche	FAG	Zweckzuschüsse an Länder	Sicherungsfälle	Summe
1975	232 9,144	-----	9 2,365	0,092	1 0,180	242 11,781
1976	288 10,546	----	11 2,115	0,083	5 1,979	304 14,723
1977	334 13,150	81 1,175	21 2,115	0,087	3 0,483	439 17,011
1978	333 12,972	78 1,059	8 2,115	0,074	2 0,275	421 16,495
1.1.-30.6.1979	135 5,172	43 653	1 136	---	1 0,057	180 6,018

1) Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

2) Fremdenverkehrs-Sonderkreditaktion



Sektor Wirtschaftsförderung

Bundesland: KÄRNTEN

BÜROBES-Stammaktion

Gefördert wurden:

davon Fremdenverkehr:

Jahr	Anzahl	Kreditvolumen	Anzahl	Kreditvolumen
1975	109	16,984.000,-	37	5,232.000,-
1976	175	30,225.000,-	32	6,046.000,-
1977	204	35,196.000,-	50	7,987.000,-
1978	183	47,436.000,-	45	12,068.000,-
- 30.6. 1979	88	23,815.000,-	12	2,925.000,-

Zuschüsse nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969

davon Fremdenverkehr:

Jahr	Anzahl	Kreditvolumen	Kreditkostenzusch. einschl. Haftg. Kosten	Anzahl	Kreditvolumen	Kreditkostenzusch. einschl. Haftg. Kosten
1975	63	72,440.000,-	7,738.000,-	14	22,850.000,-	2,556.000,-
1976	125	148,579.000,-	15,437.650,-	34	45,375.000,-	5,077.770,-
1977	111	135,620.000,-	14,336.000,-	28	38,900.000,-	4,224.000,-
1978	100	146,345.000,-	15,617.000,-	25	44,270.000,-	4,878.000,-
- 30.6. 1979	87	157,650.000,-	15,488.680,-	17	39,700.000,-	4,192.685,-

Betriebsneugründungen und -übernahmen (einschl. Fremdenverkehr)

Jahr	Anzahl	geförd. Kreditvolumen
1977	10	3,270.000,-
1978	32	8,213.000,-
- 30.6. 1979	18	6,891.000,-

Gemeinsame Kleingewerbekreditaktion - Bundesquote

1975	1976	1977	1978	- 30.6.1979
1,012.000,-	1,012.000,-	960.000,-	870.000,-	-.-

Folgende Zulieferungen an die VW-Audi-Gruppe wurden durch Kärntner Betriebe getätigt:

Werte in 1.000 DM  
=====

Firma	Produkt	U m s a t z			Planung 1979	Realisiert bis 30.6.1979
		1976	1977	1978		
Funder AG Klagenfurterstr.87-89 9300 St.Veit a.d.Glan	Holzfasernplatten	-	-	5	400	229
Akkumulatorenfabrik Dr. Jungfer 9181 Feistritz i. Rosental	Batterien	-	-	680	8700	4794
Karl Hirsch Kunststofftechnik Kußstraße 18 9020 Klagenfurt	Plastikmappen	-	-	263	750	430
	Total			948	9850	5453

C

D

FFF, Vergebene Förderungsmittel an das Bundesland Kärnten

Jahr	Werte in öS			in Prozenten
	Betriebe	sonstige Forschungseinrichtungen	insgesamt	
1976	6 370 000	50 000	6 420 000	2,5
1977	1 835 000	1 180 000	3 015 000	1,23
1978	14 666 000	660 000	15 300 000	4,88